

---

-----

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Seit Jahren stehen international tätige Bergbaukonzerne und ihre Praktiken im Kreuzfeuer der Kritik - nicht nur bei Umweltschützern. Unumstritten sind die verheerenden ökologischen, aber auch sozialen Auswirkungen, die der Abbau von Gold, Kupfer, Nickel und anderen Rohstoffen mit sich bringt. Anfang der 90er Jahre sorgte das in Papua-Neuguinea operierende Bergbau-Konsortium *Ok Tedi Mining Limited* (OTML), ein Joint-Venture-Unternehmen mit ursprünglich deutscher Beteiligung, auch in der Bundesrepublik für Schlagzeilen: 1991 hatten mehrere Missionswerke eine Studie in Auftrag gegeben, die neben einem möglichen volkswirtschaftlichen Nutzen der Mine auch die Auswirkungen für Mensch und Umwelt untersuchen sollte. Das vernichtende Ergebnis dieser "Starnberger Studie" veranlaßte schließlich den Bundestag, die deutschen Anteilseigner zur Einhaltung von Umweltmindeststandards aufzufordern. Wenig später war OTML ohne deutsche Beteiligung. Im Sommer 1996 weckte Ok Tedi erneut internationales Interesse: Eine seit 1994 laufende Umweltklage der Anwohner des Ok-Tedi-Flusses wurde durch einen Vergleich beendet. Das Unternehmen versprach Kompensationsgelder in Millionenhöhe und stellte gleichzeitig eine "Lösung des Umweltproblems" in Aussicht. Mehr zu Ok Tedi und den neueren Entwicklungen findet sich im ersten Bericht dieser Ausgabe.

Und noch einmal Papua-Neuguinea: Entwicklungen völlig anderer Art und dennoch untrennbar mit der Bergbauproblematik verwoben schildert Volker Böge in seinem Beitrag über die Regierungskrise, die das Land vor wenigen Wochen erschüttert hat. Mit Hilfe einer britischen Söldnerfirma wollte die Regierung Chan den Krieg auf Bougainville, der seit 1988 aufgrund von Streitigkeiten um die dort liegende Panguna-Mine entfacht war, endgültig beenden - ein Plan, der offensichtlich die Zivilcourage des eigenen Volkes

unterschätzt und letztendlich zum Rücktritt des Premiers geführt hat.

Mit einer Buchbesprechung, verschiedenen Terminhinweisen und Literaturvorschlägen schließt diese RUNDBRIEF-Ausgabe.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/Euch



## **Berichte**

### **Entwicklung und Umwelt oder "the run for the big money" Bericht über den Besuch der Ok-Tedi-Mine in Papua-Neuguinea**

#### **I. Einführung: Bergbau in Papua-Neuguinea und die Ok-Tedi-Mine**

Die Volkswirtschaft des seit 21 Jahren unabhängigen pazifischen Inselstaates ist spätestens seit den 80er Jahren in hohem Maße von Bergbauprojekten abhängig. Trotz dieser schon bestehenden wirtschaftlichen Konzentration auf den Export mineralischer Rohstoffe setzt die Regierung auch weiterhin auf die ungebremste Ausbeutung der reichlich vorhandenen Gold-, Kupfer-, Öl- und Erdgasvorkommen. Obwohl erhebliche Risiken (Haushaltschaos, politische Instabilität, soziale Konflikte) bestehen, werden derzeit Bergbauminen im Wert von 1,5 Milliarden DM errichtet. Weitere Projekte mit einer Investitionssumme von über 8,6 Milliarden DM stehen vor der Genehmigung.

Die anfängliche mit dem Explorationsboom verbundene Euphorie des vergangenen Jahrzehnts ist allerdings längst verfliegen. Nicht nur erwies sich der Abbau aufgrund weltwirtschaftlicher Preisschwankungen als ökonomisch fragwürdig. Auch betroffene Anwohner sind, wie der Fall der seit neun Jahren umkämpften Kupfermine auf der Insel Bougainville zeigt, nicht mehr bereit, die mit dem Minenbetrieb verbundenen ökologischen Konsequenzen ohne größere materielle Gegenleistungen hinzunehmen. Die große Streitfrage ist - wie überall in PNG gegenwärtig zu beobachten - was "gerechte" oder akzeptable Kompensationszahlungen sind und - eher aus Sicht der externen Kritiker - ob und welche Beeinträchtigungen und Schädigungen der Umwelt dadurch hinnehmbar sind.

Die ökologischen Auswirkungen des Bergbaus rückten in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld unabhängiger Forschungsinstitute und Nichtregierungsinstitutionen. Den Beginn dieser bis heute geführten länderübergreifenden Debatte markiert die im Auftrag mehrerer Missionswerke erstellte sogenannte Starnberger Studie von 1991, die den auf Rohstoffausbeutung basierenden Entwicklungsweg und im besonderen die Ok-Tedi-Mine als größte aller Projekte einer kritischen Würdigung unterzog. Nicht zuletzt wegen der Kritik dieses Gutachtens forderte der Bundestag 1993

parteienübergreifend die damaligen deutschen Anteilseigner des Joint-venture Degussa, Metallgesellschaft und DEG auf, auf eine verringerte Umweltbelastung der Mine hinzuwirken. Diese Kritik sowie der katastrophale wirtschaftliche Start der Mine, die Investition von 1,35 Milliarden US\$ mußte abgeschrieben werden, bis heute wurde keine Dividende gezahlt, führten zum Ausstieg der deutschen Unternehmen.

Anteilseigner des Konsortiums OTML (Ok Tedi Mining Ltd.) sind derzeit Australiens größter Rohstoff- und Industriekonzern Broken Hill Proprietary (BHP) mit 52%, die kanadische Inmet mit 18% und der Staat PNG mit 30%. Der letzte öffentlichkeitswirksame Auftritt betroffener Anwohner des Ok-Tedi-Flusses gipfelte in einer durch Vergleich beigelegten milliarden schweren Umweltklage gegen BHP im australischen Melbourne. Es wurden Entschädigungszahlungen in Höhe von 110 Millionen Kina zugestanden. Zudem werden weitere Millionenbeträge sowie 10% des Staatsanteils an der Mine von den Klägern eingefordert.

## **II. Besuchsprogramm**

Susanne Piegsda von der Pazifik-Infostelle und der Autor dieses Berichts hatten nun auf Vermittlung der lutherischen Kirchen von PNG und Deutschland Gelegenheit, die Mine in der wohl abgelegensten Provinz des Landes nur unweit der Grenze zu Westpapua zu besuchen. Obwohl betriebsintern als vehemente Kritiker des Minenbetriebs angekündigt, verliefen die zweieinhalb mit Informationen vollgepackten Tage in offener Atmosphäre. Es bestand jederzeit die Möglichkeit nachzuhaken, ohne zu Stellungnahmen genötigt zu werden. Begleitet wurden wir von Sir Ebia Oleva, seines Zeichens langjähriger Parlamentsabgeordneter und Minister, derzeit als Berater im Sold von BHP stehend.

Von Lae kommend landeten wir in der Minenstadt Tabubil, die nicht nur das Hauptquartier von OTML beherbergt, sondern mit 10.000 Bewohnern auch die größte Stadt und das tatsächliche Zentrum der Provinz darstellt. Tabubil erübrigt einen Vergleich mit den heruntergekommenen Städten PNGs und erinnert mit seiner intakten Infrastruktur eher an eine Industriestätte Australiens. Die Fahrt ging dann 20 Kilometer in die Star Mountains zur eigentlichen Tagebaumine. Einem ersten Überblick über das Projekt durch den General Manager folgte eine Exkursion durch die Mine zu den einzelnen Anlagen.

350 Meter des 2.000 Meter hohen Mount Fubilan sind bereits durch riesige Bagger abgetragen, weitere 300 Meter sollen bis zur Erschöpfung des kupfer- und goldhaltigen Gesteins im Jahr 2009 folgen. Im 24 Stundenbetrieb werden täglich über 200.000 Tonnen Gestein abgetragen, zerkleinert und das Kupfer

mittels chemischer Zusätze herausgetrennt. Das Ergebnis sind 2.200 Tonnen Konzentrat, die durch eine 156 Kilometer lange Pipeline in die am Fly River gelegene Stadt Kiunga gepumpt werden. Dort erfolgt die Trocknung und Verschiffung bis zur 840 Kilometer entfernten Fly-Mündung in den Golf von Papua, wo Frachter warten, die das Kupfer zu den Märkten in Japan und Europa transportieren. Später geht die Fahrt in eine trotz neuer, mit Strom versehener Häuser triste wirkende Siedlung von Landbesitzern. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein Abendessen mit der Geschäftsführung im einzigen mittlerweile privatisierten Hotel Tabubils.

Den nächsten Vormittag folgten Vorträge von Wissenschaftlern der Umweltabteilung, die uns die möglichen Optionen für eine verringerte Umweltbelastung aufzeigten. Diese wird unumwunden zugegeben. Die tägliche Abgabe von 200.000 Tonnen Abraum und Minenrückständen in die Flußsysteme des Ok Mani und Ok Tedi hat zu meterhohen Sedimentablagerungen mit über die Ufer mäandrierenden Wassermassen geführt. Entlang des am stärksten betroffenen Ok-Tedi-Flusses ist der Regenwald (und damit die in ihm liegenden Gärten) bereits auf einer Fläche von 40 km<sup>2</sup> abgestorben. Weitere 80 km<sup>2</sup> sind stark betroffen. Die Fischpopulationen sind dort in hohem Maße und im mittleren Fly River immer noch erheblich reduziert. Der Kupfergehalt des Wassers wird von dem Unternehmen als nicht bedrohlich für das Biosystem angesehen. Diese Aussage wird durch eine 1996 abgeschlossene Untersuchung der angesehenen australischen Forschungsorganisation CSIRO gestützt ("...most of the copper was bound to dissolved organic matter and was not bioavailable."). Die Verringerung der Fischbestände wird primär auf den Wegfall des natürlichen Standortes aufgrund der Sedimentablagerungen und nicht auf toxische Einflüsse zurückgeführt.

Wie dies auch immer durch Biochemiker beurteilt werden mag, das Unternehmen sieht eine Lösung des vordringlichen Sedimentproblems mittels vier alternativer bzw. zu kombinierender Optionen. Diese sehen vor:

- den Bau eines (ursprünglich schon in der Aufbauphase vorgesehenen) Rückhaltedammes mit dem Risiko des Zusammenbruches vor allem nach Einstellung der Produktion. Die ganze Region ist aufgrund des hohen Niederschlages geographisch instabil und unterliegt ständiger seismischer Aktivität;
- das Ausbaggern des unteren Ok-Tedi-Flusses und die Ablagerung der Sedimente auf einer Fläche von 8 km<sup>2</sup>;
- den Bau einer Pipeline, mit der der Abraum in einem 25 km<sup>2</sup> großen durch Dämme abgesicherten Gebiet abgelagert wird sowie
- eine Kombination der Schritte Ausbaggern und Pipeline.

Es wird hervorgehoben, daß die letzte Variante eine Lösung der Vorgaben Finanzierbarkeit und ökologische Verbesserung am ehesten erzielt.

Unser Programm sah dann den Besuch des Krankenhauses, dessen drei Ärzte versorgen auch das Hospital in Kiunga mit, sowie des Ausbildungszentrums vor. Dort können nicht nur die beiden letzten Schulklassen als Voraussetzung einer Lehre abgeschlossen werden, sondern auch ein sechsjähriges Training für 150 Jugendliche in Gebieten wie Metallverarbeitung, Elektrik u.ä. absolviert werden. Nachmittags flogen wir in Begleitung der Umweltmanager mit dem Helikopter den Ok Tedi entlang nach Kiunga. Zwischenlandung machten wir auf halber Strecke in dem 140-Einwohner-Dorf Bige, das in dem am stärksten betroffenen Gebiet liegt: so weit der Blick reicht, abgestorbene Bäume - ein erschreckendes Szenario.

In Kiunga angekommen folgte ein Vortrag über das Engagement des 1990 durch OTML eingerichteten Village Development Trustes (Budget bis 1995 17 Mio. Kina). Mittels dieses Fonds werden in den 107 entlang des Fly-Flusses gelegenen Dörfern Infrastrukturmaßnahmen (Wassertanks, Gemeinschafts- und Schulräume, Solaranlagen, Wege) durchgeführt und Einkommensinitiativen gestartet. Größter Erfolgsposten ist hierbei die Palmölproduktion, die über 1.200 Menschen ein dauerhaftes Cash-Einkommen ermöglicht. Als Abschluß des Tages gab es im vom ehemaligen australischen Kolonialoffizier und späteren PNG-Parlamentsabgeordneten Warren Dutton betriebenen Guesthouse ein ausgelassenes Barbeque. Eingeladen waren nicht nur die örtlichen Honoratioren von Verwaltung, Kirchen und OTML-Management, sondern auch - welche Überraschung - Alex Maun samt Mitstreitern.

Am dritten Tag stand der Besuch der von Warren Dutton und dem OTML-Development Trust zu gleichen Teilen betriebene Kautschukfabrik auf dem Programm. Dort wird das angelieferte Palmöl für den Export vorbereitet. Nach dem Besuch der Kupfertrocknungsanlage am firmeneigenen Hafen folgte der Rückflug nach Tabubil und die Weiterreise.

### **III. Neuere Entwicklungen/Bewertung**

Generell kann OTML ein positiver Wandel bescheinigt werden. Die jetzige Politik der offenen Tür gegenüber Kritikern verringert zwar nicht eine potentielle Umweltbeeinträchtigung, sie ermöglicht aber den Einblick in die durchgeführten Umweltstudien und Diskussionen des Unternehmens. Zum Zuge kommen muß jetzt die erst jüngst durch die Europäische Union in Lae eingerichtete Umweltaufsicht, die erstmals in der Geschichte des Landes eine von Bergbaukonzernen und Umweltministerium unabhängige Kontrolle gewährleisten kann. (Das Handicap dabei ist, daß zwar der europäische Umweltexperte mit seiner Arbeit begonnen hat, die von der Regierung zugesagten sechs PNG-Wissenschaftler bisher aber aus Geldmangel nicht

eingestellt werden konnten; Post-Courier vom 3.3.97.)

Des weiteren sind die Bemühungen von OTML in den letzten beiden Jahren anzuerkennen, die Gespräche und Entwicklungsbemühungen gegenüber den Anwohnern des Fly-Flusses zu intensivieren. Wichtigster Akzeptanzposten aber ist die Lösung des Sedimentproblems, das von OTML über mehr als ein Jahrzehnt rigoros negiert wurde. 70 Millionen Kina zuzüglich Landpacht- und Kompensationszahlungen stehen hierfür innerhalb der nächsten beiden Jahre zur Verfügung. Mitte August soll mit dem Bau der Rückhalteanlagen begonnen werden. Eine Gruppe von Ok-Tedi-Anwohnern einschließlich Alex Maun und Rex Dagi ist Ende Februar eigens nach Singapur geflogen worden, um ihnen den Ablauf der anvisierten Operation aus erster Hand zu demonstrieren.

Verantwortlich für diesen "Sinneswandel" des Unternehmens dürfte sowohl die Kompensationsklage der Ok-Tedi-Anwohner in Australien als auch die kontinuierliche internationale Kritik von Umweltgruppen gewesen sein. Der daraus resultierende Druck stellte zunehmend das umweltrelevante Engagement des weltweitem Rohstoffakteurs BHP in Frage und zwang diesen zum Handeln.

Der Autor bezweifelt zunehmend, daß es bei dem Engagement zumindest der Ok-Tedi-Anwohner um die Alternative weniger Umweltbeeinträchtigung oder Schließung der Mine geht. Dies wird aus dem Gespräch in Kiunga deutlich, in dem mit der roten Umweltkarte für den Fall gedroht wird, sollten die in Melbourne anscheinend zusätzlich ausgehandelten 40 Millionen Kina nicht direkt an die Kläger ausgezahlt werden. Zudem profitieren einige der Kritiker als Subunternehmer oder Provinzangestellte direkt oder indirekt durch die Minenproduktion.

Dies verweist auf die Frage nach Gewinnern und Verlierern des Gesamtprojekts. Sieht man von den erst zukünftig anfallenden Unternehmensgewinnen ab, haben vor allem die Landbesitzer des Minengebiets sowie die Provinzregierung durch Millioneneinnahmen profitiert. Profitiert hat aber auch die Provinz als Ganzes, da neben den direkten und indirekten Arbeitsplätzen die gesamte materielle und soziale Infrastruktur (Flughafen, Hafenanlagen, Straßen, Elektrizitätswerke bis zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Entwicklungsmaßnahmen) kostenlos durch OTML getragen wird. Das Unternehmen nimmt damit de facto die Aufgabe der Verwaltung wahr, was ursprünglich wohl kaum intendiert war.

Die Provinzregierung in der Hauptstadtexklave Daru im Golf von Papua hingegen ist nicht existent. Obwohl aufgrund der Mine zu einer der reichsten Provinzen des Landes zählend (Einnahmen durch OTML allein 1994 über 10 Mio. Kina!), steht den 110.000 Einwohnern auf einer Fläche von 100.000 km<sup>2</sup> kein einziger firmenunabhängiger Arzt zur Verfügung. Ähnlich skandalös sieht



es im Bildungsbereich aus, von Entwicklungsimpulsen für die periphere Region ganz zu schweigen. Es ist auch nicht verwunderlich, daß gerade OTML aufgrund des mit der Minenschließung absehbaren infrastrukturellen Blackouts im Jahr 2009 auf einer konzertierten Anstrengung aller Beteiligten zugunsten einer minenunabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz insistiert (vgl. Jackson 1995).

#### **IV. Ausblick**

Ohne hier die wirtschaftlichen Impulse der Mine gegen die ökologische oder soziale Seite auszuspielen, bleibt festzustellen, daß von niemand ein Zurück in die Vergangenheit gewollt werden kann. Eine Lebenserwartung von unter 30 Jahren, die seuchenartige Verbreitung von Krankheiten sowie die Nichtexistenz von Grundbildung für Zweidrittel der Kinder in der Provinz sind selbst angesichts extrem niedriger PNG-Standards heute nicht mehr hinnehmbar.

Andererseits sind über das OTML-Engagement hinausgehende Bemühungen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung nicht erkennbar. Sollten keine weiteren Rohstoffe in der Provinz entdeckt werden, ist der Zusammenbruch des derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Status quo nach Schließung der Mine unabwendbar. Dies könnte die Abwanderung von mehr als zehntausend Menschen in andere scheinbare Wachstumszentren bedeuten.

Der in PNG marktbeherrschende malaiische Holzexporteur Rimbunan Hijau baut derzeit eine Straße von Aiambak nach Kiunga entlang der Wasserscheide zwischen Lake Murray und Fly River. Als Gegenleistung hat das Unternehmen das Recht erhalten, den Regenwald beiderseits der Straße auf einer Breite von jeweils einem Kilometer einzuschlagen. Dies allein ergibt eine Kahlschlagsschneise von 300 km<sup>2</sup>. Ist diese geschlagen, ist abzusehen, daß die heutigen wirtschaftlichen Verlierer der "Entwicklung" die riesigen Tropenholzressourcen des mittleren und oberen Fly River für die letzte Chance einer Beteiligung an der Cash-economy freigeben werden.

Ungeachtet dessen gehen die lokalen Akteure in die nächste Runde, diesmal allerdings auf höchster Stufenleiter: Bei den kommenden Parlamentswahlen im Juli tritt Rex Dagi gegen Warren Datton um den Gouverneursposten der Provinz an. Alex Maun kandidiert für den Wahlkreis des Oberen Fly River. Angesichts der Geschichte der Ok-Tedi-Mine darf bezweifelt werden, daß dieser Schritt den Menschen in den peripheren Gebieten nördlich der Mine und südlich Kiungas wirklich nützen wird.

#### Literatur:

Environmental, financial and risk analysis of various dredging and tailings storage schemes to mitigateminig impacts in the Ok Tedi/Fly River system - Report to the State

of PNG, OTML Dezember 1996; CSIRO, Bioavailability of copper to algae in the Fly River system, Prepared for OTML, April 1996; Richard Jackson, Towards sustainable development in the Ok Tedi impact area, Consultancy Report to OTML, James Cook University, März 1995; Ders., Cracked pot or copper bottomed investment? James Cook University 1993;

Roland Seib, Lae/PNG

## **Krieg auf Bougainville - Krise in Papua-Neuguinea**

Für einige Tage im März geriet der ansonsten weit von den Zentren des Weltgeschehens abgelegene Staat Papua-Neuguinea (PNG) in die Spalten der internationalen Presse. Dazu brauchte es die bisher schwerste Krise in der Geschichte dieses seit 1975 unabhängigen Staates. Demonstrationen, Plünderungen und Straßenschlachten erschütterten mehr als eine Woche die Hauptstadt Port Moresby und andere Städte des Landes. Höhepunkt der Krise war die Belagerung des Parlaments durch Tausende von DemonstrantInnen, die von Teilen der Armee unterstützt wurden. Mit der Belagerung sollte der Forderung nach Rücktritt des Premierministers Nachdruck verliehen werden. Nach hochdramatischen 24 Stunden stürzte die Regierung tatsächlich.

Ausgelöst worden war die Krise durch die sogenannte Sandline-Kontroverse. Die Regierung PNG's hatte mit der britischen Söldnerfirma Sandline International einen dubiosen Deal ausgehandelt: Für viel Geld wurden knapp einhundert Söldner aus Südafrika und Großbritannien angeheuert, um den nunmehr bereits gut acht Jahre andauernden Krieg auf der in Rebellion befindlichen Insel Bougainville endlich zugunsten der papuanischen Zentralregierung zu entscheiden. Dagegen erhob sich im Lande ein Sturm der Entrüstung, dem sich schließlich auch Teile der Armeeführung anschlossen. In den Krisentagen des März mußte die Söldnertruppe mit Schimpf und Schande das Land verlassen, ohne zum Einsatz gekommen zu sein. Dieser Ausgang der Krise stärkt letztlich auch die für die Unabhängigkeit Bougainvilles kämpfende sezessionistische Bougainville Revolutionary Army (BRA).

**Der Hintergrund: Krieg auf Bougainville**

Die Auseinandersetzungen auf der 8.800 Quadratkilometer großen, von rund 180.000 Menschen bewohnten Insel Bougainville hatten sich im Streit um eine der weltgrößten Tagebau-Minen, die Panguna-Kupfermine, die vom australischen Bergbaukonzern CRA (Conzinc Riotinto of Australia) betrieben wurde, entzündet. Diese Mine bildete in den siebziger und achtziger Jahren das Rückgrat der Volkswirtschaft Papua-Neuguineas. Der Minenbetrieb hatte im Laufe der Jahre zu erheblichen ökologischen Zerstörungen und damit zur Gefährdung der materiellen Existenzgrundlage sowie der traditionellen Lebensweise der einheimischen Bevölkerung geführt. Nachdem Forderungen der lokalen landbesitzenden Clans im Minengebiet nach Kompensationen für die Umweltzerstörungen und nach Umweltschutzauflagen für den Minenbetrieb von Seiten des Bergbaukonzerns und der Zentralregierung abgelehnt worden waren, legten (zumeist junge) Einheimische den Minenbetrieb durch Sabotageaktionen seit dem November 1988 still. Die Zentralregierung reagierte im März 1989 mit der Entsendung ihrer Streitkräfte (PNGDF). Mitglieder der Clans aus dem Minengebiet konstituierten die BRA, der Konflikt eskalierte in die Kriegsdimension.

Der BRA gelang es in der ersten Phase des Krieges, große Teile der Bevölkerung Bougainvilles auf ihre Seite zu ziehen und mit ihrer Guerillakriegsführung militärische Erfolge gegen die personell und materiell überlegenen Regierungstruppen zu erzielen. Im März 1990 mußten sich die PNGDF nach einem Waffenstillstand sogar gänzlich aus Bougainville zurückziehen. Über die Insel wurde eine totale Blockade verhängt, an deren Folgen Tausende von Menschen starben. Als Reaktion auf die Blockade proklamierte die BRA im Mai 1990 einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Bougainville" und etablierte eine eigene Regierung, das "Bougainville Interim Government" (BIG). Seit 1992 eroberten die Regierungstruppen nach und nach den größten Teil der Insel und insbesondere die Städte zurück. Sie wurden dabei unterstützt von einheimischen Kräften, den sog. Resistance Forces, die sich von der BRA abgespalten hatten. Die Resistance Forces werden von der papuanischen Regierung finanziert und ausgerüstet. Die BRA wurde auf Gebiete im Zentrum der Insel um die Panguna-Mine herum und auf einige Regionen im Süden zurückgedrängt.

Die Kampfhandlungen wurden immer wieder von Versuchen einer friedlichen Lösung des Konflikts begleitet bzw. unterbrochen, so zuletzt im Dezember 1995, als sich Vertreter der Zentralregierung, des BIG und des "Bougainville Transitional Government" (= die mit der Zentralregierung zusammenarbeitende Provinzregierung Bougainvilles, die die politische Verantwortung in den von den Regierungstruppen kontrollierten Inselteilen innehat) im australischen Cairns unter Leitung von Vertretern der Vereinten Nationen und des Commonwealth-Sekretariats zu Gesprächen trafen. Man einigte sich u.a. auf eine Agenda für künftige Friedensverhandlungen. Eine nächste Gesprächsrunde wurde für März/April 1996 vereinbart. Dazu kam es

jedoch nicht.

### **Intensivierung des Krieges 1996**

Einen ersten schweren Rückschlag erhielten die Friedensbemühungen, als die Verhandlungsdelegation des BIG auf ihrer Rückkehr von den Gesprächen in Cairns Anfang Januar 1996 von Regierungstruppen überfallen wurde und die Delegationsmitglieder nur knapp mit dem Leben davonkamen. Die Zentralregierung erklärte diesen Zwischenfall zwar zum "Mißverständnis", doch wurde ihre Glaubwürdigkeit empfindlich erschüttert. Wenig später wurde dann auch noch von "Unbekannten" auf das humanitäre Unterstützungsbüro des BIG in der Hauptstadt der Salomonen, Honiara, ein Brandanschlag verübt; der BIG-Vertreter Martin Miriori, seine Familie und Freunde entkamen nur knapp den Flammen, und weil die salomonische Regierung nicht mehr für die Sicherheit Mirioris und seiner Familie garantieren konnte, mußten sie ins Exil in die Niederlande gehen.

Als die BRA ihre Aktivitäten in den folgenden Wochen auf den Norden Bougainvilles und die Nachbarinsel Buka - Gebiete, die in den Vorjahren als "ruhig" und "befriedet" gegolten hatten - ausdehnte, nahm die Zentralregierung in Port Moresby dies zum Anlaß, einen im September 1994 erklärten (allerdings zu keiner Zeit strikt befolgten) Waffenstillstand am 27. März 1996 offiziell für beendet zu erklären und den PNGDF wieder freie Hand auf der Insel zu lassen. Die Führung der BRA und die Mitglieder des BIG wurden einmal mehr zu "Kriminellen" erklärt, auf deren Ergreifung ein Kopfgeld ausgesetzt wurde. Damit war der im Vorjahr in Cairns eingeleitete Friedensprozeß zusammengebrochen.

Am 30. Juni 1996 eröffnete die Regierungsseite eine Großoffensive ("Operation High Speed II"), deren erklärtes Ziel die endgültige Vernichtung der BRA und die Eliminierung der Rebellenführung war. Die Offensive endete für die Regierungstruppen mit einem Desaster. Die Absicht, mit einer großangelegten Zangenbewegung die BRA im Gebiet der Panguna-Mine einzukesseln, scheiterte bereits im Ansatz. Die BRA begab sich sogar aus ihren unzugänglichen Schlupfwinkeln im bergigen Inselinneren heraus und stellte die Regierungstruppen im Küstentiefland in der Nähe des Flughafens Aropa. Nach mehrtägigen Gefechten mußten sich die PNGDF geschlagen zurückziehen. "Operation High Speed II" wurde Mitte August 1996 erfolglos abgebrochen.

Eine weitere schwere Niederlage erlitten die PNGDF am 11. September 1996. Beim sog. "Kangu Beach Massaker" wurde eine Einheit der Regierungstruppen völlig aufgerieben. Eine regierungsoffizielle Untersuchung des Geschehens ergab, daß mit den Regierungstruppen verbündete

Resistance Forces für das Massaker verantwortlich waren. Diese rächten sich damit für Übergriffe der Regierungstruppen auf die Zivilbevölkerung des an der Kangu Beach gelegenen "care centres" - vor allem Belästigung und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen. Die an der Aktion beteiligten Resistance Forces gingen zur BRA über; fünf gefangen genommene Soldaten befinden sich seither in der Hand der BRA.

### **Zerschlagung von Friedenshoffnungen**

Am 8. Oktober wurde der Premierminister des BTG, Theodore Miriung, im Dorf seiner Frau im Süden Bougainvilles ermordet. Diese Tat löste in PNG und international große Empörung aus, galt Miriung doch als Hoffnungsträger für eine friedliche Lösung des Konflikts. Ihm war es seit seinem Amtsantritt im April 1995 gelungen, sich glaubwürdig als Vermittler zwischen BIG/BRA und Zentralregierung zu etablieren; seine Vorschläge für eine weitgehende Autonomie Bougainvilles im Rahmen des papuanischen Staatsverbands genossen unter der Bevölkerung Bougainvilles große Unterstützung. Der Zentralregierung und der Armeeführung war er jedoch suspekt; immer wieder wurde der Verdacht bzw. Vorwurf geäußert, er stecke mit der BRA unter einer Decke. Schließlich hatte er bis zum Herbst 1994 im BRA-Gebiet gelebt und der BRA-Führung auch als juristischer Berater gedient; dann hatte er sich zusammen mit anderen lokalen Führern aus dem nördlichen Nasioi-Gebiet von BIG/BRA getrennt, weil diese seiner Meinung nach Friedensanstrengungen nicht mit dem nötigen Nachdruck betreiben würden. Auf der anderen Seite warfen ihm die Hardliner in BIG/BRA gerade deswegen einen Abfall von der gemeinsamen Sache vor und argwöhnten, er würde gegenüber der Zentralregierung PNG's viel zu weich und kompromißbereit sein.

Zunächst beschuldigten sich beide Seiten - BRA und PNGDF - der Ermordung Miriungs. Die Untersuchung des Falles durch eine von der papuanischen Zentralregierung beim Commonwealth-Sekretariat angeforderte unabhängige Persönlichkeit - einen ehemaligen Richter aus Sri Lanka - ergab im Dezember 1996 jedoch, daß die örtliche Einheit der Regierungstruppen im Verein mit lokalen Resistance Fighters für den Mord verantwortlich war. Dieses Untersuchungsergebnis war ein weiterer schwerer Schlag für die Zentralregierung und ihre Armee. Konsequenzen wurden allerdings nicht gezogen, im Gegenteil: Die für den Mord verantwortliche Armee-Einheit blieb noch wochenlang in der Region stationiert, obwohl die örtliche Bevölkerung entschieden ihren Abzug forderte, weil sie Einschüchterung und Verfolgung von Zeugen fürchtete. Und die Mörder Miriungs wurden bisher immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen: eine von der Regierung versprochene strafrechtliche Verfolgung des Falles nach Recht und Gesetz wurde massiv behindert, wochen- und monatelang verschleppt

und bis heute nicht zu einem Abschluß gebracht.

Überdies kam es im November und Dezember 1996 zu besonders schwerwiegenden Massakern der Regierungstruppen an der Zivilbevölkerung. So wurden am 1. Dezember 1996 bei einem Feuerüberfall auf eine Kirche während eines Gottesdienstes zwölf Menschen, darunter auch Kleinkinder, ermordet.

### **Chans Flucht nach vorn**

Der Überfall auf die BIG-Delegation im Januar, das militärische Desaster im Sommer, das Kangu Beach Massaker im September, der Mord an Miriung im Oktober und schließlich die Massaker an der Zivilbevölkerung im November/Dezember haben die Zentralregierung in große politische Schwierigkeiten gebracht und die Regierungstruppen gründlich diskreditiert. Auf der anderen Seite wuchs nicht zuletzt wegen des Verhaltens der PNGDF die Unterstützung für die BRA in der Bevölkerung wieder an. Die BRA-Forderung nach dem vollständigen und bedingungslosen Abzug der PNGDF von der Insel fand zusehends Unterstützung. Der Wunsch nach Intervention einer dritten neutralen Partei - seien es die Vereinten Nationen, das Südpazifik-Forum, das Commonwealth-Sekretariat o.ä. - wurde zu Ende des Jahres 1996 von zahlreichen NGOs, Kirchen und (Oppositions-)Politikern in PNG geäußert. Eine solche Drittpartei-Intervention soll den Abzug der PNGDF, die Entwaffnung der BRA und die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts ermöglichen. Während sich die BRA bzw. das BIG einem solchen Verfahren gegenüber aufgeschlossen zeigte, sträubte sich die Zentralregierung.

So war die Lage auf Bougainville am Ende des Jahres 1996 völlig verfahren. Da im Juni 1997 in PNG Neuwahlen anstehen, mußte die amtierende Regierung des Premierministers Chan sich dringend etwas einfallen lassen, wenn sie ihre Chancen, wiedergewählt zu werden, wahren wollte; zumal sich Politiker aus dem Lager der Opposition mit eigenen Initiativen zur Lösung des Problems Bougainville zu profilieren begannen. So gingen die in PNG populären Politiker John Momis (er ist selbst Bougainvillean) und Michael Somare (er gehört zu den "Gründungsvätern" des unabhängigen PNG, war selbst schon Premierminister und strebt dieses Amt wieder an) auf eigene Faust ins BRA-Gebiet, um die Freilassung der im September an der Kangu Beach gefangen genommenen Soldaten auszuhandeln und die Möglichkeiten neuerlicher Verhandlungen über eine Friedenslösung zu erkunden.

Chan blieben im Prinzip zwei Optionen: selber die Initiative zu einem Durchbruch in Richtung friedliche Lösung zu ergreifen und als Friedensstifter

in den Wahlkampf zu gehen oder doch noch einen entscheidenden militärischen Schlag gegen die BRA zu organisieren und den Wahlkampf als militärischer Sieger zu bestreiten. Chan entschied sich für die zweite Option- und scheiterte kläglich.

Chan traute augenscheinlich seinen eigenen Streitkräften nicht mehr zu, gegen die BRA militärisch zu bestehen. Disziplin und Moral der Truppe waren auf einem Tiefpunkt, Kriegsmüdigkeit machte sich in den Streitkräften breit, nach dem Desaster von "Operation High Speed II" hatten sich wiederholt Einheiten geweigert, nach Bougainville zu gehen, und aus diesem Grunde waren Dutzende von Soldaten aus dem Militär entlassen worden. Außerdem waren Soldaten immer mehr dazu übergegangen, ihre Waffen und anderes Gerät auf dem schwarzen Markt zu verschern, um so ihren niedrigen und oft nur mit Verzögerung ausgezahlten Sold aufzubessern. Angesichts dieses desolaten Zustands der eigenen Truppe schaute Chan sich auf dem internationalen Markt für solche Fälle um und entdeckte mit den Söldnerfirmen Sandline International (England) und Executive Outcomes (Südafrika) zwei Killer-Gesellschaften, die schon in Angola, Sierra Leone und anderswo erfolgreich die Drecksarbeit für Regierungen in Bedrängnis erledigt hatten - und die sich das ziemlich gut hatten bezahlen lassen, unter anderem mit Anteilen an den jeweiligen Bergbauprojekten. Nun - "Drecksarbeit" war auch auf Bougainville zu tun, und eine lukrative Mine konnte man als Belohnung auch anbieten. Also kamen die Regierung Chan und Sandline International (die Executive Outcomes als Sub-Unternehmer mit ins Boot nahm) ins Geschäft. Chan beauftragte in einem Vertrag vom 31. Januar 1997 Sandline International, Männer und Gerät bereitzustellen, um die BRA zu schlagen, die Führung der BRA zu killen und die Panguna-Mine freizukämpfen und auf Dauer zu sichern. Dafür wollte Chan zunächst einmal 38 Millionen Kina (36 Mio. US-Dollar) springen lassen. Die Hälfte dieser Summe wurde im voraus bezahlt. Selbstverständlich sollte die ganze Geschichte geheim bleiben. Doch daraus wurde nichts.

### **Söldner-Deal am Pranger**

Am 22. Februar enthüllten australische Zeitungen das Söldnergeschäft im Nachbarland und eröffneten der erstaunten australischen, papuanischen und internationalen Öffentlichkeit, daß schon seit Mitte Februar rund einhundert Söldner in PNG seien und sich in einem abgelegenen Dschungelgebiet in der Provinz East Sepik bei der Stadt Wewak auf ihren Einsatz in Bougainville vorbereiten würden. Seither geht das Gerücht, daß der australische Geheimdienst den Journalisten die Söldner-Story gesteckt hat. Denn die australische Regierung, die über ihren Nachrichtendienst Wind von der Sache bekommen hatte, war mit dem Vorgehen der Regierung Chan ganz und gar nicht einverstanden. Dazu muß man wissen, daß die ehemalige

Kolonialmacht Australien noch heute großen Einfluß auf PNG hat, insbesondere wegen der enormen Zuschüsse zu papuanischen Staatsfinanzen, und daß insbesondere die papuanische Armee hinsichtlich Ausrüstung, Ausbildung und Bewaffnung völlig von australischer Militärhilfe (jährlich rund 12 Millionen australische Dollar) abhängig ist, also auch den Krieg auf Bougainville ohne australische Unterstützung nie und nimmer hätte führen können. Nun ist aber Australien offensichtlich zu der Einschätzung gelangt, daß es eine (rein) "militärische Lösung" der Bougainville-Krise nicht geben kann und setzt daher (auch) auf Verhandlungen. Aus diesem Grund hatte die australische Seite schon "Operation High Speed II" vom Sommer 1996 heftig kritisiert, was zu nachhaltigen Verstimmungen zwischen beiden Ländern geführt hatte. Chans Versuch nun, ohne die Australier und mit Hilfe einer Söldnertruppe doch noch eine "militärische Lösung" herbeizuzwingen, mußte daher auf Ablehnung seitens der australischen Regierung stoßen.

Nachdem der Söldner-Deal aufgefliegen war, geriet die Regierung Chan innenpolitisch und international unter großen Druck. Nicht nur die australische Regierung, sondern auch Neuseeland und Großbritannien äußerten Besorgnis und Unverständnis. In PNG selbst brach ein Sturm der Entrüstung los. Insbesondere wurde die Geheimiskrämerei um den Deal kritisiert, es wurde gefragt, woher das Geld für die Bezahlung der Söldner gekommen sei (im offiziellen Staatshaushalt war es selbstverständlich nicht aufgetaucht), es wurde beklagt, daß man angesichts der sozialen Notlage in PNG allgemein und auf Bougainville im besonderen dieses Geld sehr viel dringender für zivile Zwecke benötigen würde, es wurde die Schande beschworen, die es für einen souveränen Staat bedeute, eine Söldnertruppe zur Lösung interner Konflikte anwerben zu müssen, und es wurde die Befürchtung geäußert, daß diese Söldner bei Erledigung ihres Auftrags in Bougainville sicher nicht zimperlich vorgehen würden, daß ihnen mithin viele unschuldige Bougainvilleans - die ja schließlich auch StaatsbürgerInnen PNG's seien - zum Opfer fallen würden. In Kreisen des Militärs wurde insbesondere mit Bitterkeit registriert, daß zwar für ausländische Söldner "Unsummen" ausgegeben würden, daß aber an Ausrüstung, Versorgung und Besoldung der eigenen Truppen rigoros gespart werde.

Die Regierung Chan versuchte im wesentlichen mit zwei Taktiken aus dem Schlamassel herauszukommen. Zum einen durch Beschwichtigung. Chan wurde nicht müde, wieder und wieder zu erklären, daß es sich bei Sandline International ja gar nicht um eine Söldnerfirma handele, sondern um eine Beraterfirma mit besonderer Kompetenz in Sicherheitsfragen, daß die Sandline-Leute nicht zum Kämpfen auf Bougainville eingesetzt werden sollten, sondern daß sie lediglich als "Ausbilder" und "Berater" der PNGDF tätig werden sollten. Nach der Veröffentlichung des Vertrags mit Sandline (*The Independent* vom 21.3.1997, S. 1ff) erwiesen sich alle diese Beschwichtigungen als glatte Lügen.



Zum zweiten versuchte Chan, eine nationalistische Welle gegen die Einmischung von außen loszutreten nach dem Motto: Die Australier und die anderen Ausländer haben uns gar nichts zu sagen, wir als souveräne Nation können selbst bestimmen, wie wir unsere internen Probleme lösen wollen, und dabei können wir zusammenarbeiten, mit wem wir wollen. Aber auch das verding nicht, zumal nach und nach immer skandalösere Umstände des Deals ans Licht kamen. Nicht nur, daß sich Regierungsmitglieder im Zusammenhang des Deals wohl massiv persönlich bereicherten (das war angesichts der notorischen Korruption der politischen Klasse in PNG nicht weiter verwunderlich), sondern plötzlich wollte die Regierung auch von CRA die Anteile an der Panguna-Mine kaufen. Der Verdacht lag nahe, daß damit den Sandline-Killern die Möglichkeit gegeben werden sollte, selber an Anteile der Mine auf Bougainville heranzukommen.

### **Am Rande des Bürgerkriegs**

Das alles löste in der papuanischen Bevölkerung, die ohnehin angesichts der ökonomischen und sozialen Krise im Lande und der Unfähigkeit der politischen Klasse die Schnauze gestrichen voll hatte, allerhöchsten Unmut aus. Zum Verhängnis wurde Chan allerdings, daß sich der Oberbefehlshaber der PNGDF, General Singirok, an die Spitze des Protestes setzte.

Am Montag, dem 17. März, erklärte er, daß der Sandline-Deal verfassungswidrig sei, daß die Streitkräfte nicht zu diesem Deal stünden und eine Kooperation mit den Söldnern ablehnen würden; er habe Anweisung an seine Soldaten erteilt, jegliche Zusammenarbeit mit den Söldnern einzustellen. Er forderte die Ausweisung der Söldner und eine Untersuchung der Sandline-Affäre sowie generell der Korruption in den Kreisen der politischen Klasse PNG's, und schließlich forderte er Chan und dessen engste Mitstreiter, Vizepremier Havieta und Verteidigungsminister Ijape, zum Rücktritt innerhalb von 48 Stunden auf.

Von nun an überstürzten sich die Ereignisse. Chan wies diese Einmischung der Militärführung in die Politik zurück, sprach von versuchtem Militärputsch, erklärte Singirok für abgesetzt und ernannte einen neuen Oberbefehlshaber. Singirok akzeptierte zwar die Absetzung, blieb aber in seinem Hauptquartier in den Kasernen von Port Moresby. Offiziere und Soldaten versicherten ihm ihre Loyalität und Unterstützung.

In der Hauptstadt gingen in den folgenden Tagen auf Aufforderung von Studentenorganisationen und Menschenrechts-NGOs Tausende von Menschen für Singirok und gegen Chan und die Söldner auf die Straße. Im Zusammenhang mit den Massendemonstrationen kam es seit Mittwoch, dem

19. März, auch zu Krawallen, Brandstiftungen und Plünderungen von Supermärkten; Schulen, Banken und Geschäfte schlossen, die Verkehrsbetriebe stellten den Betrieb ein. Eine bürgerkriegsähnliche Situation begann sich zu entwickeln, zumal sich Soldaten an den Demonstrationen beteiligten, während die Polizei loyal auf Chans Seite zu stehen schien und hart gegen die DemonstrantInnen vorging, u.a. unter Einsatz von Tränengas und Abgabe von Warnschüssen.

Mittlerweile setzten in Wewak Singirok-treue Soldaten die Sandline-Söldner fest (jetzt war die Rede von 70 Mann, großteils Südafrikaner, einige Äthiopier und Briten). Sie wurden am Freitag, den 21. März, unter militärischer Bewachung zum Flughafen von Port Moresby gebracht ("Operation Rausim Kwik") und nach rund vierwöchigem Aufenthalt in PNG nach Südafrika ausgeflogen. Einzig ihr Chef, Tim Spicer, wurde wegen "illegalen Waffenbesitzes" der Polizei übergeben und in Untersuchungshaft genommen (nachdem er vor dem Untersuchungsausschuß zum Sandline-Deal (s.u.) ausgesagt hatte, durfte er das Land am 8. April verlassen).

Am Freitag, den 21. März, wiederholte Singirok seine Forderung nach Rücktritt Chans und setzte ihm dafür eine Frist von vier Tagen. Der Premierminister hatte zwar am Donnerstag den Sandline-Vertrag gekündigt und billigte die Ausweisung der Söldner, auch versprach er die Einsetzung einer Untersuchungskommission, einen Rücktritt aber lehnte er weiterhin ab.

In dieser angespannten Situation forderte auch die Opposition im Parlament den Rücktritt Chans. Auf einer Parlamentssitzung am Dienstag, den 25. März, wurde ein entsprechender Antrag jedoch von der Parlamentsmehrheit abgelehnt. Während dieser Sitzung hatte sich eine Menge von mehreren tausend Menschen - darunter wiederum sehr viele Soldaten - um das Parlamentsgebäude herum versammelt, die nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses ihre Wut und Enttäuschung massiv zum Ausdruck brachte. Die Polizei hielt sich diesmal auffallend zurück, und so konnten die DemonstrantInnen alle Ausgänge des Parlaments blockieren. Sie erklärten, daß sie erst weichen würden, wenn Chan zurückgetreten sei. In der Folge übernahmen schwer bewaffnete Soldaten die Kontrolle der Ausgänge und ließen alsbald niemanden mehr heraus. Abgeordnete und Regierung waren eingesperrt.

In der Nacht vom 25. auf den 26. März und am folgenden Morgen stand die Situation mehrfach auf des Messers Schneide. Es scheint, daß einige militärische Einheiten gewillt waren, ins Parlament einzudringen. Das hätte zu einem Blutbad führen können, zumal sich augenscheinlich Politiker der Regierungsmehrheit mit Waffen versehen hatten und sich im Parlament verteidigen wollten. Einige "unzuverlässige" Einheiten wurden von den Parlamentseingängen abgezogen und durch andere, "besonnenere" ersetzt.

Eine Eskalation konnte vermieden werden. Aber im Verlaufe des Vormittags wurde deutlich, daß die Massen nicht von der Belagerung des Parlaments ablassen würden. DemonstrantInnen und Soldaten erfuhren eine herzliche und entschiedene Unterstützung von der Bevölkerung der umgebenden Viertel. Angesichts dieser Entschlossenheit blieb Chan am Nachmittag des 26. März nichts weiter übrig, als vor einer Versammlung völlig entnervter und erschöpfter Parlamentarier seinen Rücktritt zu erklären; Havieta und Ijape folgten. DemonstrantInnen und Soldaten zogen daraufhin jubelnd vom Parlament ab und im Triumphzug durch die Hauptstadt.

### **Wie weiter?**

Nach dem Rücktritt Chans entspannte sich die Lage rasch. Für die Zeit bis zu den Neuwahlen wurde eine geschäftsführende Regierung unter dem Bergbauminister Giheno etabliert. Die Untersuchungskommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Erste Ergebnisse lassen in einen Abgrund von politischer Niedertracht blicken. Offen ist, wie sich die Dinge bis zu den Wahlen weiter entwickeln werden, ob an dem angepeilten Wahltermin festgehalten werden wird und ob der Wahlkampf ohne größere gewaltsame Konfrontationen über die Bühne gehen wird. Fest scheint zu stehen, daß bis zu den Wahlen neue Impulse für eine Lösung des Bougainville-Konflikts nicht zu erwarten sind. BIG/BRA sind - obwohl an den Ereignissen in PNG nicht direkt beteiligt - gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Denn die papuanische Öffentlichkeit ist es offensichtlich leid, Regierungen zu dulden, die dem Wahn einer "militärischen Lösung" des Problems anhängen. Und auch die Soldaten der PNGDF scheinen keine große Lust mehr zu verspüren, ihr Leben für eine durch und durch korrupte politische Klasse und für eine verlorene Sache zu riskieren.

Gleichwohl bleibt das Problem einer politischen Regelung des Konflikts. Noch stehen sich unvereinbare politische Positionen der Kontrahenten gegenüber:

- BRA und BIG bestehen auf dem "Recht auf Selbstbestimmung" für das "Volk" von Bougainville und auf der politischen Unabhängigkeit; sie fordern den Abzug der PNGDF als Vorbedingung für Friedensverhandlungen; die Panguna-Mine soll stillgelegt bleiben.

- Das BTG unter Miriung strebte ein Höchstmaß an Autonomie für Bougainville innerhalb PNGs an; die BRA sollte die Waffen niederlegen, dann könnten auch die PNGDF abgezogen werden; über die Mine sollte später entschieden werden. Das BTG ist durch die Ermordung Miriungs allerdings entscheidend geschwächt worden, seinem am 18. November 1996 gewählten Nachfolger Sinato wird allgemein nicht zugetraut, Miriungs Rolle zu übernehmen.

- Die Zentralregierung lehnt sowohl Unabhängigkeit als auch Autonomie für Bougainville ab, sie besteht auf der "Souveränität und territorialen Integrität" PNG's und lehnt demgemäß auch die "Einmischung" Dritter in den Konflikt ab. Sie verlangt von der BRA die Kapitulation sowie die Wiederaufnahme des Betriebs der Panguna-Mine. (*zuerst ungekürzt erschienen in: analyse und kritik (ak), Nr. 402, 7.5.1997*)

Quellenhinweise:

- amnesty international: Papua New Guinea. Bougainville: The Forgotten Human Rights Tragedy. Februar 1997.
- Regan, A.J.: The Bougainville Conflict. Port Moresby, October 1996.
- Ferner die Ausgaben der letzten Monate und Wochen von *Pacific News Bulletin, The Independent* (Port Moresby) sowie massig Stoff aus dem Internet (Dank an nb, Braunschweig).

Volker Böge, Hamburg

## Buchbesprechung

### Damit Ost-Timor nicht vergessen wird

**Georg Evers: Carlos Belo - Stimme eines vergessenen Volkes. Freiburg, Herder Verlag 1996, 160 S., DM 19,80**

Das Buch hält mehr, als der Titel verspricht. Denn neben Bischof Belo wird auch der zweite Friedensnobelpreisträger des Jahres 1996 aus Ost-Timor, José Ramos Horta, porträtiert und vor allem wird ein breiter Überblick über die historische, politische und kirchliche Entwicklung der früheren portugiesischen Kolonie gegeben, die 1975 von der indonesischen Armee besetzt wurde. Mit rücksichtsloser Gewalt hat die indonesische Regierung versucht, den Widerstand gegen diese Besetzung zu brechen, aber trotz Militäraktionen und Massakern, bei denen 200.000 Menschen ums Leben kamen, ist Ost-Timor weiterhin ein Unruhegebiet.

Carlos Belo, der katholische Bischof des Gebiets, und José Ramos Horta, der vom Ausland aus für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Ost-Timor arbeitet, sind zu Symbolfiguren des Strebens nach Selbstbestimmung und Menschenrechten geworden. Der Bischof formuliert vorsichtig, aber doch unüberhörbar, daß die Menschen in Ost-Timor sich nicht damit abfinden werden, daß ihre Heimat als 27. Provinz Indonesiens geführt wird, ohne daß sie über ihre eigene Zukunft entscheiden konnten und können. Gerade die

moderate Art und das Vertrauen, das der Bischof in der Bevölkerung genießt, die inzwischen zu 80 Prozent der katholischen Kirche angehört, bieten Chancen für eine Versöhnung. Dazu Evers: "Die Person des Bischofs und seine vielfältigen Aktivitäten stellen für die indonesische Regierung eine echte Chance dar, zu einer friedlichen Lösung zu kommen."

Evers stellt die Situation der katholischen Kirche - auch ihre Probleme mit der Inkulturation des Evangeliums - ausführlich dar. Die Nichtanerkennung der indonesischen Besetzung Ost-Timors durch den Vatikan bleibt bestehen. Sie führt gelegentlich zu heiklen Situationen, etwa bei einem Papstbesuch in Indonesien und Ost-Timor im Jahre 1989 und in der Zusammenarbeit zwischen Bischof Belo und seinen indonesischen Amtsbrüdern. Aber auch in diesen Situationen bleibt der Bischof die "Stimme eines vergessenen Volkes".

Das Buch kann dazu beitragen, daß Ost-Timor nach der Verleihung des Friedensnobelpreises 1996 nicht so schnell wieder in Vergessenheit gerät, wie dies die Machthaber in Jakarta gern hätten. Georg Evers bemüht sich um eine betont sachliche Darstellung des Konflikts, aber wo die eine Konfliktseite so offenkundig das Völkerrecht und die Menschenrechte mißachtet, ist eine "neutrale" Position nicht möglich. Daß die indonesische Regierung in Verhandlungen zu einem Referendum über die Zukunft Ost-Timors bereit sein könnte, ist unwahrscheinlich, und zwar nicht nur im Blick auf das zu erwartende Ergebnis angesichts der Menschenrechtsverletzungen, sondern auch deshalb, weil dies einen Präzedenzfall für das rohstoffreiche Irian Jaya (und vielleicht andere Gebiete) bedeuten könnte. Eine Politik der Gewalt, mit der Indonesien die kleine Insel Timor unter die eigene Kontrolle gebracht hat, führt so in die politische Sackgasse. *(zuerst erschienen in: epd-Entwicklungspolitik 9/97 (Mai))*

Frank Kürschner-Pelkmann, Hamburg

## Termine

**29. Mai bis 1. Juni 1997, 21. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen:** "Gegenmacht von unten. Mission: Impossible?"

Der BUKO 21 will Perspektiven von "Gegenmacht" ausleuchten und diskutieren. Jede und jeder, der dies auch will, ist herzlich eingeladen. Ort ist die **Universität zu Paderborn** (Warburgerstr. 100, 33098 Paderborn). Anreise am Donnerstag (29.05.) zwischen 13 und 15 Uhr. Anschließend wird der

Kongreß mit inhaltlichen Beiträgen eröffnet. Freitag und Samstag finden Diskussionen innerhalb der Foren und Arbeitsgruppen statt. Der Kongreß endet am Sonntag gegen 13 Uhr. In verschiedenen "Salons" werden Möglichkeiten geschaffen, daß Gruppen ihre Arbeit vorstellen und freie Diskussionen mit anderen führen können. **Teilnahmebeitrag:** DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen (Vgl. Pazifik-Netzwerk), DM 110,- für alle anderen TeilnehmerInnen (incl. Unterkunft in Privatquartieren, Verpflegung und anteilige Fahrkostenerstattung). **Infos/Anmeldung:** BUKO, Nernstweg 32-34, 22 765 Hamburg, Tel.: 040/39 31 56, Fax: 040/390 75 20.

**30. Mai bis 1. Juni 1997, Watch Indonesia!, IMBAS und Südostasien-Informationsstelle:** Indonesien Netzwerktreffen. Inhaltlich soll das Treffen unter dem Oberthema "Wahlen in Indonesien" stehen.

Ort der Veranstaltung ist die **Jugendherberge in Köln-Deutz** (Siegestr. 5a, 50679 Köln-Deutz, Tel.: 0221-814711). Eingeladen sind alle Gruppen, die zu Indonesien arbeiten, und andere Interessierte. **Unkostenbeitrag:** DM 50,- für StudentInnen, Arbeitslose, Zivil- und Wehrdienstleistende, DM 70,- für alle anderen. **Infos/Anmeldung:** Michaela Müller, Tel.: 0234-682079, Fax: 682232, email: Michaela.Müller@rz.ruhr-uni-bochum.de od. Warsito Ellwein, Tel./Fax: 0231-423983, email: Warsito.ellwein@dortmund.netsurf.de

**9./10. Juni 1997, Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen:** Symposium zum Thema "Fünf Jahre nach dem Erdgipfel"

Das Symposium findet in der **Stadthalle Bad Godesberg/Bonn** statt. Am ersten Tag soll mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den NROs diskutiert werden, inwieweit die Beschlüsse des Erdgipfels umgesetzt wurden und welche Forderungen sich daraus für den weiteren Nachfolgeprozeß für Deutschland und die EU ergeben. Der zweite Tag orientiert sich an der Agenda 21 und dient der Positions- und weiteren Strategiefindung der NROs für den Rio-Nachfolgeprozeß. Dabei werden die Themen "Wälder", "Handel", "Indikatoren für nachhaltige Entwicklung" und "Lokale Agenda 21" exemplarisch behandelt. **Infos/Anmeldungen:** Heike Wach (Mo. - Do., Tel. 0228-351541, Fax 359096); Informationen auch im Internet (<http://www.oneworldweb.de/forum/>).

**15. März bis 10. August 1997, Museum der Kulturen, Basel** (Di. 10-17 Uhr, Mi. 10-21 Uhr, Do. - So. 10-17 Uhr): "Vanuatu. Kunst aus der Südsee."

Mit der ersten großen Sonderausstellung einer neuen Reihe will das Museum der Kulturen in Basel ein Fenster öffnen: Der Blick auf fremde Kunstformen soll helfen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verstehen von Kunst aufzuzeigen. Was verbindet Europa in Fragen der Ästhetik und

des Gestaltens von Bildern mit der Südsee? Die Konfrontation mit uns weniger vertrauten Formen des Gestaltens, Erlebens und Denkens soll einen neuen Anstoß dazu geben, sich mit Grundfragen der Kunst und Kultur weltweit und auch in unserer Gegenwart auseinanderzusetzen.

**24. Mai bis 16. November 1997, Museum für Völkerkunde, Frankfurt** (Schaumainkai 29, Tel.: 069-212 357 55; Di. - So. 10-17 Uhr, Mi. bis 20 Uhr): "Sinnwelten".

Mit der Ausstellung "Sinnwelten" präsentiert die neu eröffnete *Galerie 37. Kunst im Museum für Völkerkunde* das Sammlungsspektrum des Museums. Dieses besitzt mit rund 2.000 Werken die größte Kollektion außereuropäischer Kunst in Deutschland. Die *Galerie 37* bietet außereuropäischen KünstlerInnen ein Forum zur Selbstdarstellung. Ihre Werke passen weder in das Bild westlicher Moderne, noch entsprechen sie dem Klischee der ursprünglichen Stammeskunst. In ihren Bildern und Skulpturen setzen sich die Künstler mittels eigener Symbol- und Formensprache und in vielfältigen Techniken mit globalen Themen, aber auch mit Tradition und Gegenwart ihrer eigenen Kultur auseinander.

Die Ausstellung "Sinnwelten" zeigt rund 100 Arbeiten unter anderem aus Indonesien, Papua-Neuguinea und Australien.

**9. bis 14. Juni 1996, Museum für Völkerkunde, Hamburg** (Rothenbaumchaussee 64a, 20148 Hamburg): Internationale Spielwoche "Guck mal, wie die anderen spielen! Begegnung macht Schule."

Das Museum für Völkerkunde lädt ein, andere Kulturen spielerisch kennenzulernen. Mitarbeiter des Museumsdienstes und des Vereins Pazifik Netzwerk e.V. haben ein abwechslungsreiches und spannendes Programm mit Spielen und Gesprächen vorbereitet. Sie möchten zeigen, wie fremde Völker uns sehen. Die Pitjantjatjara in Zentralaustralien oder die Trobriander, Sepik und die Biak aus Neuguinea beispielsweise sehen uns als "abenteuerliche Touristen", die kommen und gehen. Alle Veranstaltungen finden statt im Museum für Völkerkunde; **Anmeldungen** bei Peter Fritz, Tel.: 040-441 955 34.

## Neuere Literatur

amnesty international: **PAPUA NEW GUINEA. Bougainville: The Forgotten Human Rights Tragedy.** (AI Index: ASA 34/01/97), London Februar 1997, 44 S.

amnesty international: **PAPUA NEW GUINEA. Open letter to Prime Minister Sir Julius Chan.** (AI Index: ASA 34/04/97), London März 1997, 2 S.

amnesty international Koordinierungsgruppe Göttingen: **Indonesien - Osttimor - Papua-Neuguinea.** INFO 1/97 (31.03.97), Göttingen 1997, 46 S.

Barenstein, Ruth/Leitzinger, Michael: **Neuguinea.** Abenteuer Trekking. Herausgegeben von Bruno Baumann, München, Bruckmann-Verlag 1996, 225 S., DM 49,80

Fischer, Joachim: **Neuseeland.** DuMont-Reiseführer (Richtig Reisen), Köln, DuMont Buchverlag 1996, 416 S.

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrg.): **Indonesien. Suhartos Reich der Harmonie.** Sonderdruck der Zeitschrift für bedrohte Völker, pogrom, Heft Nr. 193, März/April 1997, 28 S.

Schlicher, Monika: **Portugal in Ost-Timor.** Hamburg, Abera Verlag 1996, 352 S., DM 49,90

Wagner, Wilfried (Hrg.): **Albert Hahl: Gouverneursjahre in Neuguinea.** Hamburg, Abera Verlag 1997, 220 S., DM 49,90

Weissbach, Marianne und Ulrich: **Südsee. Ein praktisches Reisehandbuch mit Insider-Tips für Tahiti, Tonga, Samoa, Fidschi, die Cook-Inseln und Niue.** Hamburg, Abera Verlag 1997, 2. Aufl., 544 S., DM 48,-

dies.: **Neuseeland. Ein praktisches Reisehandbuch mit Insider-Tips für den Aktivurlaub.** Hamburg, Abera Verlag 1996/97, 448 S., DM 44,80

## Neuerscheinungen

**"Westpapua - augebeutet, unterdrückt, vergessen."**

Ein Video der Pazifik-Informationsstelle, 18 min, DM 24,80

**"Angekratztes Gold aus dem Pazifik."**

Eine Fallstudie über das Goldminenprojekt der MIGA auf der Insel Lihir in Papua-Neuguinea. Dossier Nr. 45.



Hrsg: Peter Bosshard, Erklärung von Bern (EvB), April 1997, 23 Seiten, DM 1,-

Video und Dossier sind über die Pazifik-Informationsstelle zu beziehen.

-----  
**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle  
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Telefon 09874-9299  
Redaktion: Susanne Piegsda**